



Zeit für eine soziale Wende

SAHRA WAGENKNECHT

VORSITZENDE BUNDESTAGSFRAKTION

Sehr geehrte Leipzigerinnen und Leipziger,

Ihre Stadt hat in den letzten Jahren eine bewundernswerte Entwicklung genommen. DIE LINKE. Leipzig nimmt diese Tatsache zum Anlass, Sie mit unseren Gedanken über die wachsende Stadt Leipzig zu informieren. Bei aller Euphorie, die dieses Wachstum begleitet, sehen wir unsere Aufgabe darin, für ein soziales Land und damit auch für ein soziales Leipzig zu streiten.

Wir können feststellen: Reiche werden immer reicher in diesem Land. Dafür werden die Armen immer zahlreicher. Die von SPD und Grünen eingeführte Agenda-Politik hat neben Hartz IV auch einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen. Das muss ein Ende haben: Lohndrückerei durch Befristungen, Leiharbeit und andere prekäre Jobs gehören verboten. Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden. Gerade auch in den Städten brauchen wir deutlich mehr Geld für die kommunale Infrastruktur. Deshalb wollen wir mit einer Millionärssteuer endlich diejenigen zur Kasse bitten, die in den letzten Jahren von der Umverteilungspolitik von unten nach oben extrem profitiert haben. Es ist Zeit für eine soziale Wende! Glaubwürdigkeit bedeutet, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen und nicht, wie SPD und Grüne, mit ihnen zu kungeln und sogar eine Koalition mit der FDP anzustreben. Von sozialer Gerechtigkeit darf nicht nur im Wahlkampf die Rede sein, sie muss nach der Wahl durchgesetzt werden! Damit nicht immer mehr Menschen auf die Tafel angewiesen sind, weil sie mit Mini-Lohn oder Mini-Rente nicht über die Runden kommen. Doch die Große Koalition wendet lieber Geld für Rüstung auf. 2017 wurde der Militärhaushalt um 8 % auf 37 Milliarden Euro erhöht. Nach dem Willen der Union sollen diese Steigerungsraten in den kommenden Jahren anhalten. Auch die SPD will mehr Geld für Rüstung. Ein furchtbarer Irrweg: Auch weil dieses Geld selbstverständlich für soziale Belange fehlen wird.

DIE WACHSENDE STADT *Nachhaltig und Sozial*

KATJA KIPPING

VORSITZENDE DIE LINKE



Wie sieht eigentlich die Stadt der Zukunft aus? Darüber haben sich schon viele StadtplanerInnen, Architekt-

Innen und PolitikerInnen den Kopf zerbrochen. Deren Meinung hört man oft. Aber was ist eigentlich mit der Meinung der vielen anderen Menschen, die in den Städten leben? Als LINKE haben wir an Hunderte Türen geklopft und auf unseren Regionalkonferenzen „Was muss drin sein?“ nachgefragt. Die größten Probleme in Städten: steigende Mieten, Privatisierung von Energie und Krankenhäusern und ein ÖPNV, der nicht nur teuer ist, sondern auch schlecht ausgebaut. Eine Stadt der Zukunft sieht für mich so aus, dass alle an ihr und ihrer Gestaltung teilhaben können. Im Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN haben wir dafür einige Vorschläge:

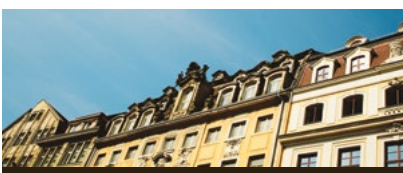
1. Neubau von 250.000 kommunalen Sozialwohnungen pro Jahr, aktuelle Mieten einfrieren und in besonderen

Gebieten bei 8,50 Euro pro Quadratmeter kappen. Die Gebäude müssen nachhaltig saniert werden – die Kosten dürfen aber nicht zulasten des Mieters gehen.

2. Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Wir wollen ein sofortiges Sozialticket für Menschen mit geringen Einkommen und mittelfristig einen ÖPNV zum Nulltarif. Individuell setzen wir auf den Ausbau der Fahrradwege.

3. Soziale Infrastruktur und Kultur in öffentliche Hand. Wir wollen einen Finanztopf einrichten, aus dem die Länder Krankenhäuser und Energie zurückkaufen können. Öffentliche Kultureinrichtungen müssen gestärkt werden.

So geht Zukunft. So geht eine soziale und nachhaltige Stadtpolitik für alle.



Bezahlbares Wohnen

S.3



Bessere Bildung

S.4



Armut bekämpfen

S.5

Mobilität

Mehr öffentliche Gelder für ÖPNV sind notwendig

FRANZISKA RIEKEWALD

LEIPZIGER STADTRÄTIN

Eine der größten Herausforderungen von Leipzig liegt im anhaltenden Einwohnerwachstum. Leipzig als Gründerzeitstadt hat nur begrenzt Platz für Straßen. Nur ein starker Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) kann der Verlagerung der Mobilität auf das Auto entgegensteuern. Und dies ist zwingend notwendig, um Stau-Chaos und Unfallgefahren zu vermindern sowie Umweltbedingungen und Lebensqualität zu verbessern. Daher ist seit Jahren die Stärkung des ÖPNV ein Schwerpunkt in der Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat. Die Gewährleistung von Mobilität für alle gehört für uns zur Daseinsvorsorge und ermöglicht Teilhabe am Leben. Für einen modernen, leistungsfähigen ÖPNV bedarf es allerdings in den nächsten Jahren großer Anstrengungen seitens der Politik und der Leipziger Stadtverwaltung. Es darf keine weiteren Streckenkürzungen wie bei der Linie 9 geben! Im Gegenteil: Das Straßenbahn- und Busnetz muss ausgebaut werden. DIE LINKE wird sich bei der in diesem Jahr anstehenden Diskussion zum Nahverkehrsplan auch für Neubau von Straßenbahnstrecken einsetzen.

Um diese Pläne jedoch zu verwirklichen, wird es ohne mehr öffentliche Gelder für Busse und Bahnen nicht gehen. Die Stadtverwaltung kann nicht davon ausgehen, dass die LVB 600.000 Menschen zum gleichen Preis wie 500.000 Menschen befördern kann. Seit vielen Jahren hat die Fraktion DIE LINKE für eine Erhöhung des städtischen Zuschusses an die LVB gekämpft. Einen ersten Erfolg hat DIE LINKE nun mit dem Beschluss des städtischen Haushalts erreicht. Hier konnten wir endlich eine finanzielle Stärkung der LVB durchsetzen, indem der städtische Zuschuss an die LVB im Jahr 2018 um 3 Mio. € erhöht wird. Diese Erhöhung kann jedoch nur der erste Schritt sein, um endlich mit dem Ausbau des ÖPNV voranzukommen. Um die jährlichen Preiserhöhungen zu verhindern, muss ein grundsätzliches Umdenken bei den Ticketeinnahmen erfolgen.

Kann das Bürgerticket eine Lösung sein?

Ein solches Umdenken beinhaltet auch neue Finanzierungsformen. Das Bürgerticket ist eine solche Finanzierungsvariante, die solidarisch die Lasten auf viele Schultern verteilt, größere Stabilität in der Finanzierung ermöglicht und den ÖPNV attraktiver macht. Gerade mit der Einführung eines Bürgertickets sieht DIE LINKE eine sehr

gute Möglichkeit, die Fahrpreise für alle zu senken. In unseren Augen ist eine Einführung jedoch nur im Einvernehmen mit den Leipzigerinnen und Leipzigern möglich. Wir streben hierfür mittelfristig einen Bürgerentscheid an. DIE LINKE wird hier vor allem auf eine solidarische Finanzierung achten. Gerade Gruppen wie Kinder, Jugendliche, Menschen mit niedrigem Einkommen usw. müssen von einer Finanzierung ausgenommen sein bzw. nur vermindert herangezogen werden. Zur Einführung eines solidarischen Bürgertickets bedarf es jedoch einer Gesetzesänderung auf Landesebene. Es gilt daher, das Thema weiter in der Öffentlichkeit zu halten, um den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen. Aber eins muss auch klar sein: Die Einführung eines Bürgertickets darf nicht dazu führen, dass sich Finanzierung noch mehr zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Leipzigs verschiebt. Auch die öffentlichen Gelder aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln müssen sich erhöhen.

Leipzig wächst

Doch geht das auch »nachhaltig«?

MARCO BÖHME

MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

Eine wachsende Stadt braucht Gestaltung - und das von links. Das heißt konkret, für eine Entwicklung einzutreten, bei der keine Menschen abgehängt und gleichzeitig schädliche Emissionen eingedämmt werden.

Eine „Grüne Stadt“, die die Menschen nicht mitnimmt, kann nicht ökologisch sein. Andersrum ist es aber auch problematisch: Soziale Wohlfahrt ohne ökologisches Bewusstsein kann nicht nachhaltig sein. Stadtgestaltung muss daher beides mitdenken, um auch in Zukunft in einer lebenswerten Stadt wohnen zu können. Doch das kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen, die hier leben, müssen diesen Prozess mitgestalten. Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten müssen daher stärker ausgebaut werden.

Wir müssen mitreden, wenn es darum geht, ob unsere Stadtwerke weiter Strom von Atom- und Kohlekraftwerken vertreiben. Wir müssen dafür kämpfen, dass der Strom dort produ-

ziert wird, wo er verbraucht wird. Das senkt die Netzkosten und schont die Umwelt.

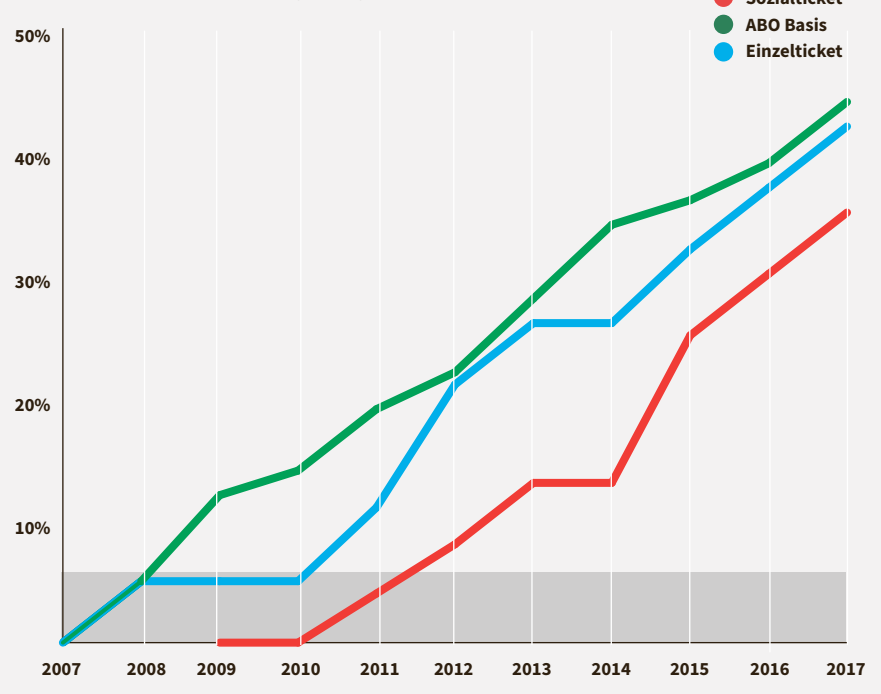
Es müssen weiter eigene Stromerzeugungs- und Speicherkapazitäten dezentral und ökologisch ausgebaut sowie Energiespardienstleistungen verbessert werden. Keinem Menschen darf der Strom abgestellt werden. Im Landtag und im Bundestag arbeiten wir dafür. Ebenso wie für eine Abwrackprämie stromfressender Haushaltsgeräte, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen vor zu hohe Kosten stellt. Stromsparen muss wieder belohnt werden!

Klimaschutz braucht auch Mieterschutz. Die energetische Modernisierung unserer Gebäude darf nicht dazu führen, dass am Ende die Mieten höher als die eingesparten Ressourcenkosten sind. Deswegen treten wir gegen die übermäßige Abwälzung der Kosten auf einkommensarme Haushalte ein. Wenn es nicht gelingt, die Energiewende sozial gerecht zu gestalten, wird sie scheitern.

Offensiv muss auch weiter der Umweltschutz in Leipzig vorangetrieben werden. In einer stark wachsenden

Stadt wird nicht nur der Wohnraum knapp. Auch die Flächen für Flora und Fauna werden rar. So darf es nicht weitergehen, dass großflächig Rodungen im Auwald vorgenommen werden, die nichts mehr mit einer naturgerechten Bewirtschaftung zu tun haben. Dagegen protestiert zurecht der Ökolöwe Umweltbund e. V. als größter Umweltschutzverein in der Stadt. Statt ein Weniger an Grün braucht es mehr – und das auch an den Straßen! Statt immer mehr Parkplätze sollte der Straßenraum für Bäume, Bänke und Fahrradstellplätze umgebaut werden. Das steigert die Lebensqualität der Stadt. Nicht zuletzt muss es bei der Stadtentwicklung auch um Biodiversität gehen. Leipzig muss zur BiodiverCity werden! Das heißt, dass hier die Artenvielfalt und damit die Vielfalt von Lebensräumen erweitert werden muss. Das geht auf vielfältige Weise. Zum Beispiel braucht es mehr Grün an unseren Hauswänden und an bisher nicht genutzten Brach- und Industrieflächen. Das bringt nicht nur ein grüneres Stadtbild und verbessert die Luftqualität, sondern bietet vielen Arten einen urbanen Lebensraum.

Prozentuale Preissteigerung im MDV von 2007-2017



	2007	2017
Einzelticket	1,90 €	2,70 €
Abo Basis	39,58 €	56,90 €
Sozialticket	26,00 € (erst seit 2009)	35,00 €



Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!

AG STADTENTWICKLUNG

Das Thema Wohnen und Wohnungspolitik beschäftigt nahezu alle Leipzigerinnen und Leipziger, insbesondere aber die 87 Prozent der Bevölkerung, die zur Miete wohnen. Die Entwicklungen auf dem hiesigen Wohnungsmarkt, der zunehmend angespannter wird, sind in den letzten Jahren gravierend. Angebotsmieten bei Erstbezug und Wiedervermietung steigen kontinuierlich; schrittweise erhöhen sich inzwischen auch die Bestandsmieten, wengleich wir erfreulicherweise noch nicht so hart betroffen sind wie die Städte im Westen des Landes. Zwei grundlegende Probleme werden immer deutlicher: Erstens finden schon seit Jahren massive Verdrängungsprozesse durch Aufwertung (die sogenannte Gentrifizierung) insbesondere in Süd, Südwest und Altwest statt; jetzt ziehen auch der innere Osten und Südosten nach. Zweitens stehen wir vor einem beständig anwachsenden Mangel von bezahlbarem Wohnraum insbesondere für einkommensarme Haushalte. Die Leipziger Wohnungspolitik steht angesichts des rasanten und ungebrochenen Bevölkerungswachstums vor der zentralen Herausforderung, möglichst rasch viele preisgünstige Wohnungen bereitstellen zu müssen und den Preisanstieg bei Bestandswohnungsmieten zu dämpfen. Für den Stopp von Bauspekulationen und Luxussanierungen! Für niedrige Mieten statt hohe Renditen!

Wir wissen um diese Herausforderungen. Für die Leipziger LINKE war und ist das Recht auf Wohnen ein grundlegendes Menschenrecht und ein untrennbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge wie existenzsichernde Einkommen, armutsfeste Renten und eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Langfristig bezahlbares und sicheres Wohnen für alle Menschen in

einer sozial durchmischten Stadt ist unser Credo. Auf dem Stadtparteitag Anfang Mai haben wir wohnungspolitische Leitlinien beschlossen, die diesem Grundsatz folgen und zugleich ein Diskussionsangebot an die Stadtgesellschaft sind. In diesem Papier machen wir deutlich: das wachsende Leipzig braucht auch durch Wohnungsneubau mehr bezahlbare Wohnungen und mehr Belegungsbindungen. Durch fehlende Bundes- und Landesförderung im Freistaat Sachsen hat über 20 Jahre kein sozialer Wohnungsbau mehr stattgefunden; Leipzig, immerhin noch immer sächsische Armuthauptstadt, verfügt nur noch über rund 330 Sozialwohnungen – das ist ein hausgemachter Skandal. Daher lautet eine

unserer zentralen Forderungen: Der Wohnungsbau besonders von Wohnungen mit dauerhaften und langfristigen Mietpreisbindungen ist dringend zu forcieren. Auch die LWB hat ihre Verantwortung. Nach unserer Auffassung sollte sie die Anzahl ihrer Wohnungen auf mindestens 40.000 steigern. Aber auch die privaten Investoren müssen ihr Scherflein zum bezahlbaren Wohnen beitragen. Durch die stärkere Anwendung städtebaulicher Verträge sollen sie bei künftigen Projekten einen festen Anteil (mindestens 30 Prozent) der Wohnfläche für sozialgebundene Wohnungen zur Verfügung stellen.

Die Sicherung des Grundrechtes auf eine eigene Wohnung ist nicht nur Sa-

che der Kommune, sondern vielmehr von Bund und Land als den zuständigen Gesetzgebern. Deshalb treten wir ein für ein im Grundgesetz und in der sächsischen Landesverfassung einklagbares Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung mit zeitgemäßem Standard. Wichtig ist uns auch die konsequente Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen zur groß gefeierten Mietpreisbremse, damit sie ihrem Anspruch endlich gerecht und flächendeckend sowie ohne Ausnahme wirksam wird.

Die wohnungspolitischen Leitlinien der Leipziger LINKEN „Recht auf Stadt - Ein Recht für Alle“ gibt es hier zum **Download: gleft.de/1H4**

Wohnen ist keine Ware

Die Wohnungspolitik bewegt nicht nur die Politik

JULIANE NAGEL

STADTRÄTIN UND MITGL. DES LANDTAGES

Es war 2011/2012, als die Debatte um Entmietung und Mietsteigerungen in der Leipziger Zivilgesellschaft begann. Anlass dafür waren die Sanierung des von der LWB an einen Privatinvestor verkauften Wohnblocks in der Windmühlen-/ Grünwaldstraße einerseits, beginnende Proteste gegen Aufwertungstendenzen im Leipziger Süden andererseits. Zu dieser Zeit gründete sich auch das Netzwerk „Leipzig – Stadt für alle“, um die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt zu analysieren, politische Vorschläge zu entwickeln und Widerspruch und Solidarität gegen die Verdrängung von MieterInnen zu organisieren. Die zentrale Forderung, die das Netzwerk und andere in diesem

Bereich aktive Initiativen vertreten, lautet: Wohnen ist keine Ware. Die Wohnraumversorgung muss dem kapitalistischen Markt und mindestens der Spekulation entzogen und vergesellschaftet werden. Um dies praktisch werden zu lassen, gilt es vor allem, den Wohnungsbestand in öffentlicher Hand zu halten, zu erweitern und echte demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten der MieterInnen zu schaffen. Diverse Forderungen sind aufgrund außerparlamentarischen Drucks mittlerweile in die städtische Wohnungspolitik eingeflossen, wie die Einführung eines Konzeptverfahrens bei der Vergabe von städtischen Liegenschaften. Das bedeutet, dass Häuser nicht mehr nach Höchstpreis, sondern auf Grundlage von konzeptionellen Erwägungen – zum Beispiel soziale Durchmischung und Barrierefreiheit – vergeben und nicht per Verkauf, sondern per Erbbau-

pacht vergeben werden.

Neben politischen Forderungen leisten mieten- und wohnungspolitische Netzwerke und Initiativen auch konkrete Unterstützung bei Entmietungen, Mietsteigerungen oder anderen Problemlagen. Im Süden und Osten finden zudem regelmäßig ehrenamtlich organisierte Mietsprechstunden statt. Mit dem Mietenpolitischen Ratschlag, den der Mieterverein Leipzig, Stadt für alle, der Haus- und Wagenrat und die Initiative „Für das Politische“ im November 2016 durchgeführt haben, wurde zudem ein Raum zur Vernetzung und Verbreiterung der MieterInnen-Bewegung in Leipzig gegeben.

Website Mietenpolitischer Ratschlag (mit Kontakt zu den InitiatorInnen und Ergebnissen)
<https://87prozent.wordpress.com/>

Kultusministerin bekommt Lehrermangel nicht in den Griff

Unterrichtsversorgung in Sachsen verschlechtert sich immer weiter

CORNELIA FALKEN

MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

Vor vier Jahren war die Unterrichtsversorgung nach Aussage der Kultusministerin noch auf Kante genäht; heute, im Schuljahr 2016/ 2017, hat sich die Lage weiter verschlechtert: Die Unterrichtsversorgung ist laut Kultusministerin „angespannter denn je“. Der Ministerin gelingt es auch nach vier Jahren Amtszeit nicht, den Lehrermangel in Sachsen in den Griff zu bekommen. Ihre Personalpolitik beschränkt sich auf das Stopfen von Löchern.

In Sachsen wird Bildungspolitik mit sogenannten „Maßnahmenpaketen“ gemacht. Von einer „transparenten und fachlich fundierten Bildungsplanung“, wie von Eltern- und Schülervertretung gefordert, sind wir hierzulande weit entfernt. Auf die Ankündigung eines Maßnahmenpaketes für den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum vom September 2013 und ein Maßnahmenpaket „Für ein starkes Sachsen“ vom März 2016, mit dem die politische Bildung gestärkt werden soll, folgt nun ein Maßnahmenpaket zur „Lehrerversorgung in Sachsen“.

Und trotz aller „Maßnahmenpakete“ kann die Stundentafel der Schülerinnen und Schüler nicht umgesetzt werden. Das betrifft vor allem die Förderschulen, aber auch die Oberschulen in bestimmten Regionen des Landes. Schülerinnen und Schüler starten folglich mit der Streichung von Stunden ins Schuljahr.

Auch, dass zu Beginn des Schuljahres vor jeder Klasse ein Lehrer bzw. eine Lehrerin steht, ist längst kein Merkmal mehr für einen guten Unterricht. Um den Unterricht abzusichern, werden immer mehr Seiteneinsteiger/-innen eingestellt.

Den dadurch verursachten Mehraufwand haben die grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer zu erbringen, deren Zahl jedoch stetig sinkt. Und in dieser angespannten Lage verfügt die Kultusministerin über keine Personalreserven mehr.

Dabei stehen die Chancen auf dem Lehrerarbeitsmarkt, anders als die Kultusministerin behauptet, gar nicht so schlecht. Laut einer Berechnung der Kultusministerkonferenz für die Jahre 2014 bis 2025 besteht in den westlichen Bundesländern „im Durchschnitt für alle Lehrämter zusammen ein jährliches rechnerisches Überangebot von 5.800 Lehrkräften“. (Dokumentation Nr. 208 – Juni 2015) Wenn Sachsen von dem Überangebot in den alten Bundesländern profitieren möchte, dann sollte das Kultusministerium endlich für attraktive Arbeitsbedingungen in den Schulen sorgen.

All das hätte sich vermeiden lassen, wenn das CDU-geführte Kultusminis-

terium früher auf DIE LINKE gehört hätte: Schon im April 2011, also vor sechs Jahren, hat die Landtagsfraktion in einem Antrag gefordert: Lehrernotstand abwenden - Sofortprogramm „Qualifizierten Lehrernachwuchs für Sachsen gewinnen“ auflegen! (Landtags-Drs 5/ 5584)

So enttäuscht die Kultusministerin, die angetreten war, den Lehrermangel in Sachsen zu beheben, die Hoffnung der Eltern und ihrer Kinder, nicht ständig um „die nötigen Ressourcen bangen“ zu müssen, Jahr für Jahr aufs Neue. Und eine Wende zum Besseren ist nicht in Sicht.



»Vorfahrt für kommunale Kitainvestitionen«

Schafft erhebliche finanzielle Spielräume im Haushalt der Stadt über 2030 hinaus

STEFFEN WEHMANN

LEIPZIGER STADTRAT

Der bisherige Bau von Kindergärten überwiegend durch freie und private Investoren hat gravierende finanzielle Folgen: Durch den geringen Anteil von etwa 20 % der Kitaprojekte, die durch die Stadt, Beteiligungsunternehmen und Eigenbetriebe gebaut werden, droht der Freiraum im Haushalt unserer Stadt in den nächsten 25 Jahren um mehr als 250 Mill. EUR zu sinken. Geld das fehlen würde, um u. a. weitere Kindergärten und Schulen zu bauen und zu sanieren. Mit der Annahme unseres Antrages „Vorfahrt bei Kitainvestitionen durch die Kommune“ durch den Stadtrat im Jahr 2015 sollte es nun gelingen, eine gute Rendite künftig für die Bürgerinnen und Bürger statt für die Investoren zu sichern. Voraussetzung dafür ist es zum einen, die Umsetzung des Beschlusses durch die Verwaltung

zu forcieren. Zum anderen setzt es voraus, dass die Stadt nicht weiter die Suche nach Investoren vorrangig betreibt, sondern die eigenen Ressourcen genutzt werden. Dafür ist auch eine grundlegende, verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Dezernaten Soziales, Bau, Finanzen sowie Wirtschaft (insbesondere Liegenschaftsamt) dringend erforderlich. So kann es gelingen, das System „Miete“ bzw. „privates Finanzierungsmodell“ nur im Ausnahmefall nutzen zu müssen und für künftige Generationen nicht mehr doppelt so teuer zu „bauen“. Dies zu betonen, ist vor allem im Hinblick auf die Finanzierung der anstehenden Schulinvestitionen nötig. Die Versuchung der Verwaltung, den kostspieligen Fehler zu wiederholen, ist leider sehr hoch. Ein aktuelles Beispiel belegt den nur mühsam vorankommenden Umdenkungsprozess bei den Verantwortlichen der Stadt. Drei Kindertagesstätten sollen trotz vorhandenen städtischen Grundstücken langfristig an „Dritte“

verpachtet werden. So investiert nicht die Kommune, sondern der freie Investor. Der finanzielle Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt durch die Anmietung von drei Einrichtungen beträgt ca. 6,2 Mill. EUR bei einem Investitionsvolumen von gerade mal ca. 5,3 Mill. EUR über 25 Jahre. Das sind nicht, wie vom CDU-Kreisverbandschef Herr Clemen in der LVZ vom 16.03.2017 kommunizierte Mehrkosten von „in dem einen oder anderen Fall von 10 – 15 %“, sondern von ca. 150 % im Gesamtzeitraum. Und obendrein: Es stehen nicht nur die Grundstücke, sondern auch die finanziellen Mittel bereit. Für die Investition durch die Stadt fehlt allein der politische Wille, angefangen vom Oberbürgermeister bis hin zum Finanzdezernenten.

Auch an dieser Stelle zeigt sich: Für eine zukunftsfähige Stadt über das Jahr 2030 hinaus braucht es weiterhin eine starke LINKE alternative Gestaltungs-



Wer will schon arm sein...?

DR. DIETMAR PELLMANN †

Leipzig eilt der Ruf voraus, die ostdeutsche Großstadt mit den besten Entwicklungsperspektiven zu haben. Oberbürgermeister Jung meinte schon vor Jahren, Leipzig müsse den Vergleich mit nicht nur westdeutschen Metropolen, sondern gar mit solchen Städten wie Paris oder London nicht scheuen. Das einstige Scheitern der Olympiabewerbung hat allerdings bis heute nicht zu mehr Realitätssinn bei der Bewertung der eigenen Möglichkeiten geführt. Bewusst wird dabei, um beim Sport zu bleiben, die Weisheit von den zwei Seiten einer Medaille verdrängt.

Ohne Zweifel ist es in unserer Stadt in den letzten Jahrzehnten vorangegangen. Die städtische Infrastruktur wurde modernisiert, wenngleich es gerade hier noch viel zu tun gibt. Die Neuansiedlung der Autoproduktion, die Konsolidierung der Leipziger Messe oder die Veränderungen im Zoo haben das Ansehen über die Stadtgrenzen hinaus wesentlich gestärkt. Die große Mehrheit der Menschen lebt gern in Leipzig; das Bevölkerungswachstum ist seit mehreren Jahren ungebrochen. An all dem hat DIE LINKE mit ihrem Anspruch als alternative Gestaltungspartei, die zudem inzwischen fest in der städtischen Verwaltungsspitze verankert ist, ihren Anteil.

Das ist aber nur die eine, wenn gleich die glänzende Seite der Medaille. Die andere Seite, sächsische und gar bundesweite Armuthauptstadt zu sein, wird gern verdrängt, aber gehört nun einmal zum Gesamtbild unserer Stadt. Es wird von Vertretern der auf Bundes- und Landesebene regierenden Parteien befürchtet, dass eine realistische Situationsanalyse und die öffentliche Debatte über deren Ergebnisse nicht nur dem Ruf unserer Stadt schaden, sondern auch Investoren oder Touristen abschrecken könnten. Deshalb wurde in der Vergangenheit versucht, sich durch eine eigenartige Interpretation wichtiger Sozialdaten einem Bundesvergleich zu entziehen. Diese Trickserei haben wir freilich nicht durchgehen lassen und auf die wirkliche Faktenlage verwiesen. Danach gilt in Leipzig fast ein Viertel der Bevölkerung als arm; in Sachsen sind es 19 und bundesweit 15 Prozent. Diese Differenziertheit spiegeln auch die Armutsquoten für Kinder wider. Selbst wenn die Altersarmutsquote auch in Leipzig gegenwärtig noch unterhalb der allgemeinen Armutsquote liegt, wird sich dies in absehbarer Zeit gewaltig ändern. Insbesondere die seit 1990 überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit wirkt wie eine Hypothek auf das

Alter, weil die Betroffenen kaum Rentenansprüche aufbauen konnten.

Allein wird Leipzig kaum in der Lage sein, die Armut zu lindern oder gar zu überwinden. Deshalb fordert DIE LINKE seit Jahren einen mit Landes- und Bundesmitteln gespeisten gerechten Soziallastenausgleich. So hat etwa die Landeshauptstadt Dresden ein Drittel niedrigere Sozialausgaben als Leipzig, wobei es sich fast ausschließlich um durch Bundesgesetze auferlegte Pflichtausgaben handelt. Wer aber unablässig lediglich die positive Entwicklung unserer Stadt darstellt und die Belastungen weitgehend außen vor lässt, entzieht sich selbst den Boden für berechnete finanzielle Unterstützung. Natürlich wäre auf der Basis einer gerechteren Finanzausstattung in jedem Fall zu prüfen, welche Umstrukturierungen im städtischen Haushalt selbst möglich sind. Dabei sei insbesondere den Vertretern der CDU ins Stammbuch geschrieben: Man kann im Landtag nicht eine Politik der Sozialkürzungen und vor allem der Benachteiligung von Leipzig betreiben und dann im Stadtrat beklagen, dass Leipzig selbst zu wenig Investitionsmittel für die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten zur Verfügung stellt.



Arbeit muss sich wieder lohnen

DR. ILSE LAUTER

LEIPZIGER STADTRÄTIN

Widersprüchliche und zum Teil gegenläufige Tendenzen bestimmen den regionalen Arbeitsmarkt: Einerseits gibt es den Fachkräftemangel. Auch die Stadtverwaltung erhält auf Stellenausschreibungen manches Mal nur noch zehn Bewerbungen – früher waren es oft mehr als 250.

Auf der anderen Seite ergibt sich ein differenziertes Bild, wenn man den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Leipzig genauer analysiert: Die Anzahl der

Arbeitslosen sank im Zeitraum März 2016 bis März 2017 von 27.500 auf 24.350. Die Anzahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II oder „Hartz IV“ sank im gleichen Zeitraum von 21.450 auf 17.200. Dennoch hat sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in dieser Zeit nur wenig verringert. Das deutet auf die Art der Arbeitsverhältnisse und die niedrigen Einkommen hin. Das Zauberwort „sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ bedeutet noch lange nicht einen nachhaltigen Weg aus der Armut. Von den etwa 44 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland zahlen 2,7 Millionen Menschen

keine Einkommensteuer – aufgrund ihres niedrigen Verdienstes. Ganz zu schweigen von den tausenden Selbstständigen in Leipzig, die vor allem sich selbst ausbeuten und nichts für ihre alten Tage zurücklegen können. Und die Billigjobber von heute sind die Altersarmen von morgen. Der eigentliche Skandal ist die gesamte Armutsmaschine „Agenda 2010“. Sie gehört auf den Prüfstand der Geschichte und in den meisten Teilen auf deren Müllhaufen. Ein grundlegender Politikwechsel ist nötig. Darüber sollten wir reden.



Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durchsetzen -

Prekäre Arbeit zurückdrängen!

MARIANNE KÜNG-VILDEBRAND

AG BETRIEB & GEWERKSCHAFT

Unternehmen treten zunehmend aus den Arbeitgeberverbänden aus, um nicht an die Tarifvereinbarungen mit ihren Beschäftigten gebunden zu sein. Das hat zur Folge, dass viele Unternehmen sich an keine Mindeststandards in ihren Betrieben halten müssen und Gewerkschaften für die Beschäftigten mit viel Aufwand in jedem Betrieb einzeln verhandeln müssen. Meist ist in den Betrieben ohne Tarifvertrag der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten gering. Betriebsräte werden oft erst gar nicht zugelassen. Damit ist prekärer Beschäftigung Tür und Tor geöffnet.

Nur noch ein Drittel der Beschäftigten im Osten und knapp die Hälfte im Westen Deutschlands arbeiten in geregelten Arbeitsverhältnissen, die auf Tarifverträgen basieren. Um der Tariffucht der Unternehmen Einhalt zu gebieten, ist die bundesweite Einführung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge zwingend. Dies wäre eine erhebliche Stärkung der Gewerkschaften und damit deren Verhandlungsstärke insgesamt.

Der von Unternehmen massiv vorangetriebenen Entsolidarisierung unter Beschäftigten wird ein Riegel vorgeschoben. Die Zersplitterung der Arbeitsvereinbarungen auf betrieblicher Ebene wird gestoppt und die Zerschlagung prekärer Arbeit möglich. Im Gegenzug entstehen geregelte und sichere Arbeitsplätze, die den Beschäftigten wieder eine Lebensplanung ermöglichen, die Gesundheit erhalten und das Einkommen erhöhen und stabilisieren.

DIE LINKE kämpft für die Einführung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge und „Gute Arbeit“. Mehr dazu im Wahlprogramm für die Bundestagswahl.



Hinweis: Das Fraktionsfoto stammt aus dem Januar 2017

DIE LINKE. im Leipziger Stadtrat ist das soziale Gewissen

SÖREN PELLMANN

VORSITZENDER DER STADTRATSFRAKTION

Im Leipziger Stadtrat ist DIE LINKE die aktivste Fraktion. Seit der Kommunalwahl im Jahr 2014 haben wir 75 Anträge und 98 Haushaltsanträge gestellt. Die Stadtverwaltung musste auf 120 Anfragen antworten und wir haben 335 Presseerklärungen veröffentlicht.

Die 8 Stadträtinnen und 8 Stadträte arbeiten entsprechend ihrer Sprecherbereiche in unterschiedlichen Ausschüssen des Stadtrates und in Arbeitskreisen der Fraktion. Die Leitung der Fraktion obliegt einem fünfköpfigen Vorstand.

Unsere Arbeit leitet sich aus dem Kommunalwahlprogramm aus dem Jahr 2014 mit dem Titel: „Leipzig gemeinsam sozial und zukunftsfähig gestalten“ ab.

Bildung

Leipzig ist eine wachsende Stadt. Einige im Leipziger Rathaus gehen davon aus, dass wir in naher Zukunft bei über 700.000 Einwohnerinnen und Einwohnern stehen werden. Das bringt vor allem im Bereich der Bildung erhebliche Herausforderungen mit sich. Da hilft es auch nicht, dass wir die Einzigen im Stadtrat waren, die immer und konsequent gegen die Schulschließungspläne und deren Umsetzung von SPD und CDU gekämpft haben. Heute liegt die Stadt bei vielen Baumaßnahmen von Kitas und Schulen nicht im Plan bzw. die Maßnahmen werden regelmäßig immer teurer. Und nach dem Bau steht

dann immer die Frage, haben wir ausreichend sehr gut ausgebildetes Personal, was wir einsetzen können? Hat die Stadt Leipzig alles Mögliche getan, um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen? Hier sind wir alle gemeinsam gefordert. Wir sehen auch nicht, dass eine Lösung durch die Verwaltungsspitze und den CDU-Kämmerer erreicht wird, indem mehr private Investoren Schulen bauen. Diese können es weder schneller, noch preiswerter. Nach unserer Auffassung ist das originäre Aufgabe der Stadtverwaltung, den Schulbau zu bewältigen.

Auch bei den immer wieder anstehenden Forderungen der Verwaltung nach einer Erhöhung der Kita-Beiträge ist unsere Antwort klar: DIE LINKE im Stadtrat hat bisher die vorgeschlagenen Erhöhungen abgelehnt und wird das auch weiterhin machen. Denn frühkindliche Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Durch uns initiiert, hat der Stadtrat das Wohnungspolitische Konzept auf den Weg gebracht und beschlossen. Auch unsere Haushaltsanträge waren hier entsprechend erfolgreich. Die Frage des Wohnens und des damit verbundenen Marktes wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Wir haben es hier mit erheblichen Verdrängungen und Mietpreissteigerungen zu tun. Hier sind wir als LINKE gefordert, dass uns Mögliche zu tun, um dem Einhalt zu gebieten. Bezahlbarer und angemessener Wohnraum wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben.

Soziales

Der Bereich der Sozialpolitik nimmt nach wie vor einen hohen Stellenwert in unserer Fraktion ein. Dabei sind immer noch die Auswirkungen der unsäglichen Hartz IV-Gesetze in Leipzig spürbar. Leider ist Leipzig nach wie vor die Armutshauptstadt im Osten. Die Kinderarmut ist enorm hoch. Die Altersarmut nimmt stetig zu. Diese Themen werden von den anderen Fraktionen im Stadtrat immer wieder gern ausgeklammert. Hier sehen wir unsere Verantwortung. Hier wirkt und agiert DIE LINKE.

Haushalt

Leipzig hat nunmehr den zweiten beschlossenen Doppelhaushalt, d. h. der Stadtrat entscheidet immer für zwei Jahre. Das wurde von uns kritisiert, da die Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit nicht über zwei Jahre gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund mussten wir mit unseren Änderungsanträgen zum Haushalt immer korrigierend eingreifen, damit die Stadt Leipzig nicht in eine soziale Schieflage gerät.

Wer weitere Informationen über unsere Arbeit erhalten will, kann sich im Internet unter www.linksfraktion-leipzig.de informieren. Außerdem führen Stadträtinnen und Stadträte unserer Fraktion Bürgersprechstunden in ihren Wahlkreisen durch. Um einen direkten Kontakt herzustellen, schauen Sie im Neuen Rathaus in unserer Geschäftsstelle, Zimmer 186 vorbei.

Interview mit Dr. Skadi Jennicke

Das Interview führte der Stadtrat Marco Götze

Dr. Skadi Jennicke, 1977 in Leipzig geboren, verheiratet, drei Kinder. Nach dem Studium der Dramaturgie arbeitete sie an verschiedenen deutschsprachigen Theatern, war lange Jahre freiberuflich Lektorin bei Deutschland Radio Kultur und lehrte an der Hochschule für Musik und Theater Leipzig. Von 2009 bis 2016 war sie ehrenamtlich als Stadträtin tätig bis sie im Juni 2016 zur Beigeordneten für Kultur gewählt wurde. Dr. Skadi Jennicke ist seit 2005 Mitglied der Partei DIE LINKE.

Liebe Frau Jennicke, haben Sie immer noch Lust auf das Bürgermeisterinnenamt oder war es als Stadträtin auf der anderen Seite des Tisches angenehmer?

Das Amt der Kulturbürgermeisterin in meiner Heimatstadt Leipzig ist ein Traumjob. Es ist mit Verantwortung, aber auch mit Gestaltungskraft verbunden. In diesem knappen ersten Jahr konnten schon eine ganze Reihe an Veränderungsprozessen angestoßen werden: es gibt einen konstruktiven Dialogprozess zwischen Freier Kunst und Kultur und den Kultur-Eigenbetrieben, der in strukturierten Ergebnissen münden wird. Beim Thema Buch- und Literaturstadt Leipzig kann es gelingen, das Selbstbewusstsein der Akteurinnen und Akteure zu stärken, indem wir den Fokus mehr auf die innovative junge Szene richten und nicht stetig aufs Neue die Verluste der 90er Jahre bedauern. Wir legen eine neue Förderrichtlinie im Bereich Kultur vor, mit der die Verwaltung auf die enorme Professionalisierung der Handelnden reagiert. Mit den großen Häusern hat der Stadtrat eine Zuschussvereinbarung bis 2020 abgeschlossen, dies bedeutet mittelfristige Planungssicherheit. Perspektivisch wird die Museumslandschaft stärker in den kulturpolitischen Fokus rücken, wir werden die Internationalisierung in der Kultur strategisch ausrichten und interkulturelle Kulturarbeit konzeptionell untersetzen. Digitalisierung ist auch im Bereich Kultur ein komplexes Thema, das wir strategisch angehen. Es gibt also genug zu tun, aber Leipzig ist auf einem guten Weg.

Bezugnehmend auf die Frage bin ich dennoch froh, die Perspektive einer Stadträtin sehr gut zu kennen. Die Erfahrung, die Bürgerinnen und Bürger direkt zu vertreten, ist für mich eine unverzichtbare Basis im Amt. Und sie hilft, manche verkürzte Perspektive in der Verwaltung zu erweitern. *(lacht)*

Geht die Presse freundlich mit Ihnen um?

Um Freundlichkeit kann es hier nicht gehen. Wichtig ist, dass die kulturpolitischen Diskurse adäquat abgebildet werden – verschiedene Positionen ihrer medialen Widerhall finden, unab-

hängig von Personen. Wichtig scheint mir, dass die Kulturstadt Leipzig überregional und international noch stärker wahrgenommen wird.

Leipzigs Bevölkerung wächst rasant. Wachsen die Mittel für Kultur mit?

Das Kulturbudget im städtischen Haushalt liegt 2017 bei 145 Mio. Euro, darin enthalten sind 31 Mio. Euro aus dem sächsischen Kulturraumgesetz sowie Einnahmen der städtischen Einrichtungen. Rein kommunal wendet die Stadt Leipzig 101 Mio. Euro auf. Das ist eine enorme Leistung, gerade wenn man die finanziellen Herausforderungen in anderen Bereichen wie Kita und Schulhausbau bedenkt. Gemeinsam mit dem Stadtrat hat die Verwaltung erreicht, dass die Zuwendungen für die großen Häuser und für die freie Kunst und Kultur jährlich steigen.

Leipzigs kulturelle Infrastruktur verträgt mehr Bevölkerung. Die Herausforderungen liegen im Bereich der Kultur- und Kunstvermittlung, das schlägt beispielsweise in den städtischen Bibliotheken, in den Museen und soziokulturellen Zentren, aber auch beim Theater der Jungen Welt unmittelbar durch. Wachsende Kinderzahlen, aber auch wachsende Vielfalt erfordern im Vermittlungsbereich quantitativ und qualitativ differenzierte Angebote: interkulturell, generationenübergreifend und partizipativ.

Können kulturelle Belange angesichts der vielen Aufgaben der Stadt, der ganz großen Prioritäten wie Kita- und Schulbauten, ihren Stellenwert behaupten?

Ich halte nichts davon, kommunale Aufgaben gegeneinander auszuspielen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass Investitionen nur in Beton einseitig gedacht sind. Die wachsende Zahl an Kindern und Jugendlichen will ja nicht nur untergebracht sein, sondern braucht Angebote im Bereich kulturelle und demokratische Bildung. Jedes Kind unserer Stadt sollte die Möglichkeit haben, seine Persönlichkeit individuell zu entwickeln. Und das geht ohne Kultur nicht.

Das Naturkundemuseum zieht aus der Innenstadt heraus und in die

Baumwollspinnerei ein. Viele sehen die periphere Lage des neuen Standorts eher skeptisch. Haben sie unrecht?

Auch ich war anfangs skeptisch. Mittlerweile glaube ich fest daran, dass ein naturwissenschaftliches Museum in einem künstlerischen Umfeld eine großartige Chance ist. Die Verbindung beider kulturellen Bereiche ist deutschlandweit einmalig! Der Direktor Dr. Leder arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Museumskonzeption. Ich bin sicher, zur Eröffnung wird keiner mehr von „peripher Lage“ sprechen! Voraussetzung ist jedoch, dass ein passfähiger ÖPNV-Anschluss realisiert wird.

Immer wieder gibt es Bestrebungen, die großen Kulturbetriebe zusammenzulegen und damit Geld zu sparen, obwohl auf diesem Weg sicher weniger herauszuhören ist als man glaubt. Ist diese Kuh vom Eis?

Aus meiner Sicht sollten wir Strukturdebatten nicht länger als Krisenphänomen, sondern als alltägliche Herausforderung begreifen. Die urbane Gesellschaft ändert sich rasant, also müssen wir reagieren. Den Anforderungen von Wirtschaftlichkeit und Effizienz kann sich heute kein Kulturbetrieb entziehen. Wichtig scheint mir hingegen, dass das Ziel struktureller Veränderungen nicht einseitig in monetären Einsparungen liegt, sondern eher in der Frage: Welche Anforderun-

gen stellt eine veränderte Umwelt an einen Kulturbetrieb. Und hier erweisen sich auch die großen Häuser als bemerkenswert kreativ.

Wie jede Verwaltungstätigkeit ist auch die Bürgermeisterinnenamt Tätigkeit sicher geprägt von einem Gewirr aus Regeln, Zwängen und Notwendigkeiten. Kann eine linke Kulturbürgermeisterin überhaupt eine linke Handschrift hinterlassen oder regiert doch hauptsächlich Genosse Sachzwang?

Auch das ist eine Frage der Perspektive. Natürlich gibt es rechtliche Regeln, verwaltungsseitige Anforderungen etc. Die gelten aber für jede Stadträtin und jeden Stadtrat auch. Aber innerhalb der „Vorschriften“ gilt es, den kreativen Spielraum auszuloten. Das „tut“ aber Verwaltung täglich und ich habe nicht das Gefühl, übermäßig eingengt zu sein. Mir ist wichtig, von den Akteurinnen und Akteuren eine Haltung zu den Herausforderungen der Zeit einzufordern. Dazu gehört ein offensives Bekenntnis zu Werten wie Demokratie, Weltoffenheit, Gleichberechtigung, Teilhabe und Partizipation. Kultur darf kein elitäres Unterfangen sein, sondern sollte jedem, der in dieser Stadt lebt, offen stehen. Es gilt also weiterhin, soziale, kulturelle und bauliche Barrieren abzubauen.

Liebe Frau Bürgermeisterin, vielen Dank für das Interview.



Leipzig wächst

DIE LINKE wächst mit



ADAM BEDNARSKY

VORSITZENDER DIE LINKE. LEIPZIG

*Liebe Leipzigerinnen
und Leipziger,*

es geht ein Ruck durch unsere Stadt. Wir erleben einen Aufschwung in Leipzig: Fassaden erstrahlen im hellen Glanz, Baulücken werden geschlossen, die neue S-Bahn rauscht durch den City-Tunnel, und junge Menschen suchen hier ihr Glück. Wir könnten uns zurücklehnen und in der Gewissheit schwelgen, dass wir das alles auch mit unserer eigenen Tatkraft vollbracht haben.

Aber diese Entwicklung hat auch Schattenseiten, vor denen wir nicht die Augen verschließen dürfen. Hinter den schönen Fassaden befinden sich Wohnungen, in denen die Mieten steigen, oder Geschäfte, deren Waren nicht für alle erschwinglich sind. In den S-Bahnen sitzen Menschen, deren Belastung im Job immer weiter steigt und die nicht wissen, ob sie in ein paar Monaten noch Arbeit haben. Junge Menschen erfreuen sich an der Leipziger Freiheit – nicht selten sind sie auch befreit von sozialen Sicherheiten, von festen, unbefristeten Jobs und einer sicheren Rente.

In diesen politisch und sozial unsicheren Zeiten wächst der Wunsch und die Bereitschaft, sich politisch und zivilgesellschaftlich zu engagieren. (Nicht nur) Junge Menschen wollen bewusst am demokratischen Mitbestimmungsprozess teilhaben, und dies zunehmend auch in Parteien. So verzeichnen wir in unserer Partei DIE LINKE. Leipzig aktuell einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern. Unsere Ziele treffen den Nerv der Zeit. Hier vor Ort, in unserer Stadt, kämpfen wir für soziale



Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, solidarisches Miteinander und ökologische Nachhaltigkeit.

Wir verstehen DIE LINKE. Leipzig als alternative Gestaltungs- und Mitgliederpartei. Sie lebt vom ehrenamtlichen Engagement unserer Mitglieder, Stadträten und SympathisantInnen. DIE LINKE will sich nicht in der „Alternativlosigkeit von Sachzwängen“ verlieren. Politik, Ökonomie und Gesellschaft werden von Menschen gestaltet und können demzufolge auch von ihnen verändert werden. Wir wollen die Finger auf die Wunde legen, Partei er-

greifen für jene, die sich nicht auf der vermögenden Sonnenseite des Kapitalismus befinden. Gesellschaftlicher Fortschritt erwächst aus Kritik. Das verstehen wir nicht als Nörgeln: Es ist die Aufgabe einer linken Partei, für das Wohl der großen Mehrheit zu streiten, die beispielweise nicht auf die Sicherheit vererbten Vermögens zurückgreifen können.

Unser Leipzig ist in aller Munde. Wir haben gemeinsam angepackt und blicken optimistisch in die Zukunft. Aber wir wollen keine Zukunft, die uns schwindelerregende Mieten beschert,

in der die Bildung unserer Kinder ungewiss ist und die Mobilität ein gefühltes Luxusgut darstellt. Leipzig war immer eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Geschicke selbst in die Hand nahmen und nicht einfach andere machen ließen. Wir wollen gemeinsam mit der Bürgerschaft als linke Mitmachpartei eine Zukunft in Leipzig und darüber hinaus gestalten, die geprägt ist von Weltoffenheit, Toleranz, Tatkraft und der Achtung des Anderen.

Wir streiten für ein soziales und lebenswertes Leipzig – für Sie und mit Ihnen!

Leipziger LINKE-Kandidaten für den Bundestag:

Direktkandidatin
Leipzig - Nord

FRANZISKA RIEKEWALD

Geboren 1980, verheiratet, 2 Kinder, Betriebswirtin, tätig im Vertrieb eines Leipziger Unternehmens, Stadträtin, verkehrspolitische Sprecherin und stellv. Fraktionsvorsitzende

Als ehrenamtliche Stadträtin und Verkehrspolitikerin betrachte ich bezahlbare Mobilität für alle als ein ganz zentrales Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge. In vielen Städten – auch in Leipzig – gibt es jährliche Preissteigerungen. Diese einseitige Belastung der Bürgerinnen und Bürger muss endlich gestoppt werden. Dazu fordern wir mehr Bundesmittel für die Finanzierung des Nahverkehrs. Freie Beweglichkeit darf aber nicht immer stärker zulasten der Natur gehen. Linke Politik muss sich daher stärker auch ökologischen Fragen und dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft widmen. „Man kann grün sein, ohne links zu sein, aber man kann nicht links sein, ohne grün zu sein“ ist daher die Richtschnur meines politischen Handelns.

Jugendkandidat
der Sächs. LINKEN

TILMAN LOOS

*Geboren 1988 in Leipzig, B.A. Sozialwissenschaften & Philosophie
Tätig u. a. als freiberuflicher Layouter und Student (M.A.)*

Uns LINKEN wird gerne mal vorgeworfen, wir seien „antieuropäisch“. Das ist Mumpitz. Ja, wir haben Kritik an der Europäischen Union: Zu wenig Demokratie, zuviel Gegeneinander. Antieuropäisch ist, wer will, dass das so bleibt. Ich habe eine Vision von einem anderen Europa: Eine Republik Europa. Eine Republik, die sich nicht über Religion oder Ethnizität definiert, sondern über Menschenrechte und dem Streben nach dem Guten. Eine Republik der sozialen Rechte, in der Bewegungsfreiheit kein Privileg nur der Reichen ist, die sich Reisen leisten können. Eine Republik, mit gemeinsamen Mindestlohn, Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Eine Republik mit starkem Parlament und direkter Demokratie. Die Union ist tot, es lebe die Republik

Direktkandidat
Leipzig-Süd

SÖREN PELLMANN

Geboren 1977, verheiratet, Lehrer, Vorsitzender der Stadtratsfraktion DIE LINKE, Direktkandidat für den Wahlkreis Leipzig-Süd

Als Fraktionsvorsitzender kämpfe ich vor allem für eine bessere Finanzhaushaltung der Kommunen. Darüber hinaus setze ich auf Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse. Die grundlegenden Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnung, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV müssen auch künftig in öffentlicher Hand organisiert werden.

Als Grundschullehrer in einem Ortsteil, wo die Armutsquote der Kinder über 40 Prozent beträgt, liegt mir die Bildungs- und Sozialpolitik besonders am Herzen. Darum trete ich für eine armutsfeste Kindergrundsicherung und eine Kindergelderhöhung auf 328 Euro ein. Um Bildungschancen gerechter zu verteilen, brauchen wir endlich auch eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15
04107 Leipzig

Tel: 0341/140 644 11
Fax: 0341/140 644 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
E-Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
facebook: facebook.com/dielinke.leipzig
twitter: twitter.com/dielinkeleipzig

Druck: BVU Berliner Zeitungsdruck GmbH
Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Adam Bednarsky
Gestaltung: Subversive Designs
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE18 0605 5592 1175 5039 20
BIC: WELADE8LXXX

DIE LINKE.